



Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt:

öffentlich nicht öffentlich Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Auftragsvergabe für Beratungsleistungen zur Erstellung der rückständigen Jahresabschlüsse

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Amtsdirektor	56-2019	16.10.2019

A. Beschlussvorlage:

Der Amtsausschuss beschließt:

die Auftragsvergabe von Beratungsleistungen zur Erstellung der rückständigen Jahresabschlüsse für das Amt Unterspreewald sowie die amtsangehörigen Gemeinden an die Petersen + Co. GmbH, Lindenstraße 21, 25421 Pinneberg.

Auftragssumme: 30.345,00 € (brutto)

Begründung der Beschlussvorlage:

Eine möglichst schnelle Aufholung der rückständigen Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse des Amtes Unterspreewald sowie der amtsangehörigen Gemeinden war, neben der Bündelung der Arbeitskraft in der Verwaltung, der Start des Projektes des Landkreises Dahme-Spreewald mit Partnerschaft Deutschland (PD) und seinen Subauftragnehmern gemäß den Festlegungen der Richtlinie des Landkreises Dahme-Spreewald über die Gewährung von Zuweisungen für Strukturmaßnahmen und besondere Bedarfe (Strukturfondsrichtlinie) im September 2018.

Neben einer Personalkostenförderung erhält das Amt eine zweckgebundene Zuwendung für Beratungsleistungen zur Umsetzung des Projektes „Erstellung der rückständigen kommunal-doppischen Bilanzen“ gemäß Bescheid vom 18.06.2018.

Das Amt Unterspreewald war zu Beginn des Projektes mit 76 Jahresabschlüssen und 3 Eröffnungsbilanzen im Rückstand. Die Zuordnung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten erfolgte in einer Zeit- und Meilensteinplanung in den ersten Monaten des Projektes. Während der bisherigen Projektlaufzeit bis Juli 2019 konnten 2 Eröffnungsbilanzen und 20 Jahresabschlüsse aufgestellt werden. Es ergaben sich aufgrund der Spezifik des Amtes und der 10 amtsangehörigen Kommunen große Herausforderungen. Insbesondere sind hier zu nennen:

- Fusion der ehemaligen Ämter Golßener Land und Unterspreewald zum 01.01.2013 und der damit notwendigen Zusammenführung der Buchungssysteme (Aufstellung Fusionsbilanz)

- erheblicher Aufwand bei der Datenmigration hinsichtlich des Abgleichs der Forderungen / Verbindlichkeiten mit der Datenerübernahme sowie die erfolgten Buchungen aus den Verwaehrkonten infolge der fehlenden Bestände des Anlagevermögens

- Vereinheitlichung der Bewertung des Anlagevermögens, insbesondere der Grundstücke (betrifft alle Kommunen)

Die geschilderten Herausforderungen des Projektes, die in diesem Umfang von PD zu Beginn so nicht einzuschätzen waren, machen eine zusätzliche Projektbegleitung über die bisher gewährten Beraterstunden hinaus erforderlich. Sogleich wurde am 05.08.2019 ein Antrag auf Förderung von zusätzlichen 400 Beraterstunden an den Landkreis gestellt,

wobei sich das Amt Unterspreewald mit der Übernahme eines hälftigen Anteils an der Beauftragung beteiligen soll. Zur Sicherstellung eines erfolgreichen Projektabschlusses auf Grundlages des ambitionierten Zeitplanes hat der Kreistag in der Sitzung am 11.09.2019 der Beauftragung von 200 Beraterstunden an die bisher tätige Partnerfirma Petersen + Co. GmbH, Pinneberg zugestimmt. Der vom Landkreis mit Datum vom 30.09.2019 erteilte Auftrag liegt vor.

Es wird daher von Seiten der Verwaltung vorgeschlagen, den Auftrag für 200 Beraterstunden gemäß Angebot (Anlage) an die Petersen + Co. GmbH zu erteilen.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im Ergebnishaushalt i. H. von 30.400,00 € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart Ja Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto	<u>11103.527101</u>	in Höhe von	<u>30.400,00</u>	€
noch verfügbare Mittel			<u>30.400,00</u>	€
Vergabevorschlag			<u>30.345,00</u>	€.

Anlagen

Angebot der Petersen + Co. GmbH, Pinneberg vom 20.09.2019 (nicht öffentlich)

Datum

Unterschrift des Amtsdirektors:
Henri Urchs

B. Beschluss: Der Amtsausschuss beschließt:

- nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotest gemäß § 22, 140 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiterin/Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzender des Amtsausschusses
-------------------------	--------------	----------------------------------